

Interview
22. April 2022

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Omid Nouripour, Co-Vorsitzender, Bündnis90/Die Grünen

Dirk-Oliver Heckmann: Die SPD und Russland, das ist ein Kapitel, mit dem sich Politikerinnen und Politiker, aber auch Sachverständige und Historiker noch intensiv werden beschäftigen müssen. Der ukrainische Botschafter Melnyk hat die These in den Raum gestellt, Bundespräsident Steinmeier habe ein Spinnennetz aus Kontakten nach Russland aufgebaut, was der frühere Außenminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel brüsk zurückwies – hier im Deutschlandfunk. Und dennoch sind die Verbindungen mannigfaltig, bis hin zu Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der sich seit Jahren unbeirrt als Lobbyist seines Duzfreundes Wladimir Putin betätigt. Auch die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Schwesig, befindet sich in Erklärungsnot, wegen ihrer Unterstützung des Projekts Nord Stream 2 bis zum Schluss und der Gründung einer Umwelt- und Klimastiftung, die vor allem durch Gazprom finanziert wird und einen Zweck hatte: drohende amerikanische Sanktionen zu unterlaufen. Verschiedene Medien wie der *Spiegel* und die *Welt am Sonntag* zitierten aus Dokumenten, die belegen sollen, wie eng die Zusammenarbeit war zwischen Landesregierung und der Nord Stream 2 AG. Im kommenden Monat will die Opposition im Landtag in Schwerin einen Untersuchungsausschuss einrichten. Frau Schwesig stand uns selbst heute nicht zu einem Interview zur Verfügung, aber wir können jetzt sprechen mit Omid Nouripour, Co-Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Guten Morgen, Herr Nouripour.

Omid Nouripour: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Nouripour, hat die SPD ein Russland-Problem?

Nouripour: Es ist ja nicht so, dass die Pipeline Nord Stream ausschließlich mit der SPD verknüpft ist. Es ist ja auch eine Pipeline und ein Projekt gewesen, was die Frau Bundeskanzlerin Merkel und die CDU massiv nach vorne getrieben haben. Man kann es jetzt nicht nur auf die SPD schieben. Aber es ist richtig, dass gerade in Mecklenburg-Vorpommern es noch einige Fragen gibt, die beantwortet werden müssen, und ich hoffe, dass die Ministerpräsidentin diese Fragen sehr, sehr bald tatsächlich beantwortet.

Um ein Beispiel zu sagen: Es gab 20 Millionen Euro, die geschenkt worden sind von Gazprom an eine landeseigene Stiftung. Das ist an sich schon schwierig. Aber in diesem Augenblick, in dem das passiert ist – und die Stiftung ist nicht gemeinnützig – hätte Schenkungssteuer bezahlt werden müssen. Jetzt hört man, die Unterlagen seien jetzt im Finanzamt verschwunden. Da reibt man sich die Augen und fragt sich, was das denn werden soll. Es sind eine Reihe von solchen Fragen, die jetzt beantwortet werden müssen.

Heckmann: Gazprom hat diese Klimastiftung ja faktisch finanziert. Sie haben es gerade gesagt. 20 Millionen sind da geflossen. Das Land hat wesentlich weniger dazu gegeben. *Spiegel* und *Welt am Sonntag* haben dieser Tage berichtet, dass Nord Stream 2-Vertreter bei der Gründung der Stiftung direkt mitgewirkt haben sollen. Die wollten an Hintergrundgesprächen mit Journalisten passiv teilnehmen und diese auch mitschneiden. Aber man muss sagen, Schwesig beziehungsweise ihr Sprecher haben jetzt betont, das ist abgelehnt worden, auch die ganzen Entscheidungen rund um Nord Stream 2, und die Stiftung habe die Landesregierung getroffen, niemand sonst, und die Pipeline sei eines der größten Infrastrukturprojekte des Bundeslandes gewesen. Da sei es ja völlig klar, dass eine Ministerpräsidentin Gespräche mit den Investoren führt. Ist der Vorwurf vor diesem Hintergrund, Schwesig sei eine Marionette Putins, nicht völlig überzogen?

Nouripour: Ich glaube, dass man da ein bisschen in der Wortwahl darauf achten muss, wie man miteinander umgeht – bei allem Dissens, den es in diesem Thema massiv gegeben hat zwischen Frau Schwesig und uns Grünen. Ich erinnere mich an Plenardebatten im September 2020, wo der Ton wirklich auch von ihrer Seite aus nicht unbedingt so war, dass ich da ruhig auf meinem Stuhl sitzen konnte.

Heckmann: Inwiefern?

Nouripour: Sie warf uns Ignoranz und alles Mögliche vor: Wir würden den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern zerstören wollen. Heute sehen wir, dass die Abhängigkeit von russischem Gas der größte Risikofaktor ist für die Wirtschaft in Deutschland. Aber darum geht es jetzt nicht; es geht darum, dass jetzt ganz viele Fragen im Raum sind und dass sie die Chance bekommen muss, diese auch zu beantworten, und dafür gibt es jetzt einen Untersuchungsausschuss, der auch von den Grünen vor Ort unterstützt wird, und das ist auch gut. Dann warten wir mal auf die Antworten und wie die Antworten jetzt kommen.

Heckmann: Der Fraktionschef der Grünen in Schwerin, Harald Terpe, kennt das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses offensichtlich schon. Er spricht von einer unverhohlenen direkten Einflussnahme der Nord Stream 2 AG und von Gazprom auf Politik und Landesregierung von Ministerpräsidentin Schwesig. Ist er da nicht ein bisschen voreilig?

Nouripour: Harald Terpe hat tiefen Einblick in die Materie nehmen können. Ich kenne ihn sehr gut, auch aus der Zeit, als er mein Kollege im Bundestag war, und vertraue seinem Urteil. Aber es geht ja um mehr. Es geht ja auch um die Frage, was die Absichten dahinter waren, und es geht auch um die Frage beispielsweise der Schenkungssteuer, wie ist das passiert, dass einfach Unterlagen von über zehn Millionen Steuereinnahmen plötzlich verschwinden. Es gibt eine Reihe von Dingen, die in diesen Untersuchungsausschuss gehören. Ich bin sehr gespannt, was herauskommt und was die Antworten sind.

Heckmann: Viele offene Fragen, die noch zu klären sind aus Ihrer Sicht, Herr Nouripour. Aber eins ist klar: Der Zweck der Klimastiftung ist gewesen, mögliche US-Sanktionen zu unterlaufen. Der Verdacht steht im Raum, dass man sich da lieber mit Moskau ins Bett gelegt habe. Kann man das so sagen?

Nouripour: Sagen wir mal so: Die Tonlage bis zum 24. Februar Richtung Amerika war deutlich härter als in Richtung Russland, trotz all der Verfehlungen, die es gegeben hat im Rechtsstaatsbereich, aber auch bei Aggressionen um die Nachbarstaaten. Wir wissen, und wussten auch damals: Wer es wissen wollte, konnte wissen, nach dem Einmarsch in Georgien, in Moldau, in der Ukraine, dass wir es mit einem ganz schwierigen Akteur zu tun haben im Kreml. Aber es ist damals ja richtig gewesen zu verurteilen – das haben wir auch gemacht -, dass die Amerikaner Sanktionen gegen deutsche Häfen verhängt haben. Das war nicht das Gebot der Stunde. Das ist nicht so, wie man mit Partnerstaaten umgeht. Aber die Konsequenz daraus kann nicht sein, dass der russische Staat de facto Landesstiftungen in Deutschland finanziert und damit den Rechtsstaat aushebelt.

Heckmann: Der CDU-Politiker Norbert Röttgen hat Manuela Schwesig bereits den Rücktritt nahegelegt in diesen Tagen. Sollten die Medienberichte zutreffen, hat er einschränkend gesagt. Ab welchem Punkt wäre eine Ministerpräsidentin Schwesig nicht mehr zu halten aus Ihrer Sicht?

Nouripour: Ich kann nur in Richtung des hoch geschätzten Kollegen Röttgen auch ein bisschen darauf drängen, dass, was ich eingangs gesagt habe, nicht vergessen wird, wenn wir über die Fehler in der Russland-Politik der Vergangenheit sprechen, wir das nicht reduzieren sollten auf die SPD. Da hat die CDU 16 Jahre lang mit der Kanzlerin an der obersten Spitze dieser Republik sehr, sehr viel falsch gemacht. Der eine oder andere Angriff auf die SPD mutet mir zumindest so an, dass das auch Ablenkung ist vom eigenen Fehlverhalten.

Heckmann: Sehr, sehr viel falsch gemacht, sagen Sie, Fehlverhalten von Seiten der Union. Wie erklären Sie sich das? Wie erklären Sie sich diesen Kurs?

Nouripour: Es gab den Glauben, Wandel durch Handel wäre das Gebot der Stunde, und das mag in den 90er-Jahren im Falle von Jelzin auch sehr klar und richtig geklungen haben.

Heckmann: Einen Versuch war es wert, oder?

Nouripour: Ja! Aber das war ja nicht nur ein Versuch. Dazwischen gab es den Überfall auf den Donbass, die Annexion der Krim, den Krieg in Georgien, den Einmarsch russischer Truppen in Moldau, die Ermordung von sehr vielen Oppositionellen in Russland, die Vergiftung von Nawalny und vieles mehr, was mehr als nur ein Weckruf war, und es ist einfach nicht aufgewacht worden und das ist der Fehler gewesen.

Heckmann: Der ehemalige Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, der ist ja Chef dieser Klimastiftung. Dann gibt es eine zentrale Figur, Heiko Geue von der SPD, Redenschreiber von Schröder damals, persönlicher Referent des damaligen Kanzleramtsministers Steinmeier, dann Chef der Staatskanzlei Schwesigs, jetzt ihr Finanzminister. Altkanzler Gerhard Schröder habe ich gerade schon angesprochen, der bei Gazprom und bei dem Energiekonzern Rosneft eine wichtige Rolle spielt. Muss man sagen, da geht es bei der SPD, um noch mal auf die Partei zurückzukommen, um Strukturen?

Nouripour: Das kann sein, aber man kann ja jetzt sehr schnell etwas dagegen tun. Sie haben ja völlig zu Recht gesagt, der Zweck dieser Landesstiftung war, dass Sanktionen nicht so greifen, dass Nord Stream nicht kommt. Nord Stream ist tot! Jetzt kann man die Landesstiftung auch sofort auflösen. Das wäre das, was jetzt zu tun wäre.

Heckmann: Das erwarten Sie auch?

Nouripour: Ich hoffe, dass das so schnell wie möglich passiert, dass die ganzen Fragen um Schenkungssteuer so schnell wie möglich geklärt werden, und die politischen Fragen gehören in einen Untersuchungsausschuss.

Heckmann: Um noch mal zurückzukommen auf meine Frage. Haben Sie den Eindruck, dass die SPD insgesamt da ein Problem hat, was Strukturen angeht, mit Russland?

Nouripour: Ich glaube, dass es eine Reihe von Leuten gegeben hat und auch teilweise gibt, nicht nur in der SPD, die Illusionen nachgegangen haben. Ich meine, wenn der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft gestern Frau Schwesig lobt, dann wäre es angemessen, dass Frau Schwesig diese lobenden Worte auch zurückgibt, weil da die monetären Vorteile doch auf der Hand liegen, dass da jetzt dieses Lob kommt, und das ist nicht der Sinn der Angelegenheit, sondern wir reden jetzt über eine Unabhängigkeit von Russland. Wir reden davon, dass wir so schnell wie möglich von Kohle, Öl und Gas runterkommen müssen, denn alles, was wir jetzt an den Kreml überweisen, führt dazu, dass damit die Artillerie in Mariupol finanziert wird, und das ist unerträglich.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.